

Meldung vom 2006-07-24 15:27

DEUTSCHLAND/GESUNDHEIT/RAUCHEN ZF

FOKUS 1-SPD will Rauchverbote auch in Gaststätten

Berlin, 24. Jul (Reuters) - Die SPD-Fraktion pocht auf ein Rauchverbot auch in Gaststätten. Die Politik könne sich nicht nur auf öffentliche Gebäude beschränken, sagten Fraktionsvize Ulrich Kelber und die gesundheitspolitische Sprecherin Carola Reimann am Montag der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin. `Wir wollen, dass auch im Gaststättenbereich Nichtraucher geschützt werden`, fügte Reimann hinzu. Sie begrüßte zugleich Ankündigungen von Verbraucherschutzminister Horst Seehofer (CSU), wonach die Bundesregierung für 2007 ein gesetzliches Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden wie Altenheimen, Kliniken und Verwaltungen verankern wolle. `Es ist zu begrüßen, wenn ein Rauchverbot immer mehr Befürworter im Kabinett findet`, sagte die SPD-Politikerin. Allerdings hatte Seehofer offen gelassen, ob sich das Verbot auch auf Gaststätten erstrecken wird. Eine Sprecherin sagte, der Minister habe dazu noch keine abschließende Meinung. Bundesärztekammerpräsident Jörg-Dietrich Hoppe warnte die Politik, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Ein Rauchverbot in Gaststätten sei unabdingbar. SEEHOFER BEI GASTSTÄTTEN NOCH NICHT FESTGELEGT Kelber sagte, Gaststätten und Versammlungsorte müssten auf jeden Fall mit einbezogen werden. `Mehrheiten im Bundestag dafür sind da, wenn man offen abstimmen lässt`, fügte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende hinzu. Nach Ansicht Reimanns reicht die freiwillige Selbstverpflichtung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) zur Schaffung von rauchfreien Zonen nicht aus. Nur `mit Ach und Krach` habe der Branchenverband bis zum März die Marke von 30 Prozent Nichtraucherplätzen in seinen Mitgliedsbetrieben durchsetzen können. Das Erhebungsverfahren sei sehr fragwürdig. Deswegen müssten `Nägel mit Köpfen` gemacht werden, wenn die weiteren Vorgaben nicht erfüllt würden. Hoppe sagte im Berliner `Tagesspiegel`, mit seinen bisher gelieferten Zahlen über angeblich vorhandene Nichtraucherplätze in Gaststätten tue der Hotel- und Gaststättenverband so, als habe er dem Nichtraucherschutz einen Dienst erwiesen. Tatsächlich gebe es keinen Nachweis, dass die 30-Prozent-Vereinbarung erfüllt sei. GRUPPENANTRAG FINDET GROSSE ZUSTIMMUNG Laut Reimann gibt es für den von ihr und zwei weiteren SPD-Abgeordneten geplanten Gruppenantrag für umfassende Rauchverbote inzwischen rund 120 Unterschriften von Befürwortern aus den anderen Fraktionen, so auch von Grünen und Linkspartei. Der konkrete Text solle interfraktionell erstellt werden. Die Arbeiten daran würden im August beginnen. In dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich für einen stärkeren Schutz von Nichtrauchern einzusetzen, so auch in Gaststätten. Eine Möglichkeit dafür wäre nach Angaben der SPD-Abgeordneten eine Änderung der Arbeitsstätten-Verordnung. Aber auch andere Varianten kämen in Frage. Ein Gesetzentwurf müsse von der Bundesregierung kommen. Seehofers Sprecherin Ulrike Hinrichs sagte, die Abstimmung zum Umgang mit Gaststätten sei unter den Parlamentariern noch nicht deutlich genug erfolgt. Auch der Minister habe `noch keine eindeutige abschließende Meinung`. Ihr Haus gehe davon aus, dass es im nächsten Jahr ein Gesetz zum Nichtraucherschutz geben werde. Federführend werde wohl das Gesundheitsministerium sein. Die Grünen hatten den CSU-Politiker am Wochenende zum Handeln aufgefordert. Der Agrarminister sei auf dem bestem Weg, `der Chefankündigungsonkel zu werden`, hatte dessen Vorgängerin Renate Künast bemängelt. sev/lan REUTERS 241527 Jul 06